

-PROGRAMM TU-THEK

RADIO

DSTERREICH

NETTER

SPORT

IPTU

Klagenfurt



9.3°C

Morgen zeitweise sonnig



POLITIK

09.12.2009



Heimatdienst will Konsens aller Parteien

Auf seiner Hauptversammlung forderte der Kärntner Heimatdienst in einer Resolution einen Grundkonsens aller Parteien über die Unterstützung von Friedens- und Verständigungsarbeit.

Befremden über Landesreaktion

Die Delegierten der Jahreshauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes wollen mit der Resolution ihr Befremden darüber ausdrücken, dass die parteifreie Konsensgruppe vom Land "bestraft" und von den Vorbereitungen zur Jubiläumsfeier zum 10. Oktober 2010 ausgeschlossen wird.

Die Konsensgruppe erhielt bisher drei Preise auf Landes-, Bundesund EU-Ebene. KHD-Obmann Josef Feldner ist Mitglied der Konsensgruppe.

Friedensarbeit in die Verfassung

So habe der Kärntner BZÖ-Klubobmann Kurt Scheuch gesagt, der "slowenenfreundliche Kurs" des KHD-Obmannes Josef Feldner sei "mit den Interessen des Landes nicht" vereinbar. Der Heimatdienst fordert nun, dass Friedens- und Verständigungsarbeit in einem Grundkonsens aller Parteien zum öffentlichen Interesse zu erklären. Dieser Konsens müsse laut KHD auch in die Landesverfassung Eingang finden.

Ortstafeln sind jetzt keine Chefsache mehr

Kanzler Faymann delegiert an Staatssekretär Ostermayer. KHD will Konsens aller Parteien.

n Kärnten verkündet er seine Position gebetsmühlenartig, heute will Landeshauptmann Gerhard Dörfler seine Ortstafel-Haltung auch bei einer Pressekonferenz in Wien deponieren. Was für den damaligen SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky gut und richtig gewesen sei, sei auch für ihn, Dörfler, gut und richtig: 25 Prozent Slowenenanteil als Basis für zweisprachige Ortstafeln. Das ist genau jene Regelung, die der Verfassungsgerichtshof 2001 aufgehoben hat.

Per Expertenvorschlag des Volksgruppenzentrums, wonach zehn Prozent Slowenenanteil reichen müssen, kommt für das BZÖ nicht in Frage. Der Ball

liegt allerdings beim Bund. In der Vorwoche bei der Volksgruppenenquete im Kanzleramt zur Reform des Volksgruppengesetzes von 1976 wurde auch darüber debattiert. Den Kärntner Volksgruppenvertretern ist dabei aufgestoßen, dass Bundeskanzler Werner Faymann, für Volksgruppenfragen zuständig, gar nicht anwesend war. Der Akteur war und ist Staatssekretär Josef Ostermayer. Anders als seine Vorgänger, Kanzler Wolfgang Schüssel und Alfred Gusenbauer, hat Favmann die Ortstafel- bzw. Volksgruppenfrage nicht zur Chefsache erklärt. Wobei Kärntner Vertreter auch bei der ÖVP wenig Engagement orten. Vor diesem



Staatssekretär Ostermayer will bis zum Jahr 2011 ein neues Volksgruppen gesetz

Hintergrund hat Slowenenvertreter **Bernard Sadovnik** wenig Optimismus, dass das komplexe neue Volksgruppengesetz bis 2011 schaffbar ist. Rat-Obmann **Karel Smolle** zürnt schon lange, dass es nicht möglich ist, bei Faymann einen Termin zu erhalten.

per Heimatdienst mit Obmann Josef Feldner, Proponent der Konsensgruppe, fordert per Resolution von den Parteien einen in der Landesverfassung verankerten Grundkonsens in der Unterstützung der Verständigungsarbeit. Bei der Hauptversammlung gab es Befremden, dass der Heimatdienst nicht in die Vorbereitungen zum 10.-Oktober-Jubiläum involviert ist. A. BERGMANN